

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

»WIR KÜMMERN UNS UM DIE FAMILIEN IN BAYERN«

Vorwärts-Interview mit Florian Pronold, dem Vorsitzenden der BayernSPD und Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesbauministerium

Barbarischer Terror und Menschen, die in großer Zahl zu uns fliehen: Das sind die beherrschenden Themen in diesem Jahr. Haben wir die richtigen Antworten?

Die Herausforderungen sind groß in der Flüchtlingsfrage, doch wir schaffen es dieses Jahr. Im neuen Jahr geht es um einen Neustart in der Flüchtlingspolitik. Die unregelmäßige Zuwanderung müssen wir in eine organisierte Zuwanderung verwandeln. Mit Kontingenten, sicher und ohne Schlepper. So sicher, dass niemand, der nach Europa und nach Deutschland will, auf dem Weg dahin sein Leben gefährden muss. Parallel müssen die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei deutlich besser werden. Die Verknüpfung der Flüchtlingsfrage mit der Terrorabwehr verbietet sich. Durch Paris darf sich nichts ändern am Zusammenleben und an der humanitären Haltung unsererseits. Eine Obergrenze beim Asylrecht wird es nicht geben.

Was ist falsch an dem Satz: „Paris ändert alles“?

Wir dürfen die Opfer nicht wie der bayerische Heimatminister für persönliche Machtmotive missbrauchen. Herr Söder hat sich schäbig verhalten, als er die Opfer von Paris zu Tätern erklärte. Seine Worte sind ein Konjunkturprogramm für AfD, Pegida und Co. Damit ist er mindestens charakterlich ungeeignet für höhere Aufgaben. Wenn nach Paris alles anders wäre, dann hätten die Terroristen gesiegt. Das friedliche Miteinander verschiedener Kulturen in Deutschland und in Europa ist eine große Errungenschaft, die wir verteidigen müssen. Denn wir wissen: Offene Gesellschaften sind verletzlich – und trotzdem am Ende stärker als jeder Terror und jede Gewalt.

Die Integration der Menschen, die zu uns flüchten, müssen die Kommunen schultern. Sind die dafür richtig aufgestellt?

Allen KommunalpolitikerInnen und ehrenamtlichen HelferInnen gebührt zunächst Mal unser Dank für die Arbeit. In der Erstaufnahme haben die Kommunen Großartiges geleistet. Unsere SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter in München, Uli Maly in Nürnberg, Jürgen Dupper in Passau und Joachim

Wolbergs in Regensburg zeigen täglich, wie es unter schwierigen Bedingungen trotzdem klappt. Dauerhaft gelingt die Integration nur vor Ort. Die SPD hat erfolgreich dafür gekämpft, dass die Kommunen dafür die notwendigen finanziellen Mittel vom Bund erhalten. Wir werden im nächsten Jahr noch mehr tun müssen. Bei vielen Kommunen gibt es aber schon jetzt die Sorge, dass sie auf Kosten sitzen bleiben, weil die CSU-geführte Staatsregierung die Mittel des Bundes nicht 1 zu 1 an die Kommunen weitergibt.

Wie bewertest Du die derzeitige Debatte in der CDU/CSU bei der Flüchtlingsfrage?

So einen tiefen inhaltlichen Riss habe ich in 20 Jahren noch nicht erlebt. Da stehen sich zwei Fronten anscheinend unvereinbar gegenüber. Die eine Seite setzt auf Abschreckung und schürt Ängste in der Bevölkerung, die andere Seite der Union hält dagegen. Einzig der Wille an der Macht zu bleiben, schweißt die Union derzeit zusammen. Das ist aber keine Perspektive für eine verantwortliche Politik für unser Land.

Stichwort: Sozialer Wohnungsbau – Was gibt es da zu tun?

Der soziale Wohnungsbau muss deutlich ansteigen. Wir müssen in Deutschland jährlich rund 250.000 Wohnungen neu bauen, weil inzwischen sogar viele Normalverdiener in Metropolregionen keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden. Ich finde es sinnvoll, mit einer degressiven Abschreibung beides zu verbinden. Das heißt, Steuervorteile werden dann gewährt, wenn in Ballungszentren Mietwohnungen errichtet werden. Diese können dann auch einer Sozialbindung unterliegen. Das soll für Regionen gelten, in denen die Mietpreisbremse oder die abgesenkte Kappungsgrenze gilt. Wir finden ein Modell, mit dem die Mittel zielgenau eingesetzt werden, denn ich will mit Steuergeld keine Luxusapartements fördern. Wir haben erreicht, dass die bundeseigene Immobiliengesellschaft (BIMA) jetzt mehr Liegenschaften für den sozialen Wohnungsbau verbilligt bereitstellt. Bisher gilt das nur für vorher militärisch genutzte Grundstücke und Gebäude. Aber auch die Bundesländer und Kommunen oder die Kirchen, die über Grundbesitz verfügen, müssen über ihren Schatten springen.



„Der soziale Wohnungsbau muss deutlich ansteigen.“

Blicken wir auf das neue Jahr: Gibt es 2016 auch andere Themen als die Flüchtlingsfrage?

Richtlinie unserer Politik ist stets, Verbesserungen für alle Menschen zu erreichen. 2016 kümmern wir uns als bayerische SPD um die Familien in Bayern. Dazu gibt es einen Kleinen Parteitag im März 2016 in Aschaffenburg. Unser Ziel lautet: ausreichend Plätze für Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Schulen. Im Fokus steht dabei auch das ungeliebte Betreuungsgeld der CSU. 230 Millionen Euro will die CSU-geführte Staatsregierung pro Jahr versenken, damit Eltern ihre Kinder von einer Kita fernhalten. Viel sinnvoller wäre es, das Geld in die frühkindliche Bildung zu investieren. Es fehlen Krippen- und KiTa-plätze im Freistaat. Wir würden den Familien auch viel besser helfen, wenn die Öffnungszeiten der Kitas in den Rand- und Ferienzeiten ausgeweitet werden. Nur so gelingt es, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Daher erwägen wir nach wie vor ein Bündnis mit Parteien und Verbänden, um das Gesetz zum Betreuungsgeld per Volksbegehren zu kippen.

Die Arbeitgeberverbände und die CSU meckern schon kräftig, weil Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ran will an die Leiharbeit und die Werkverträge im neuen Jahr. Gelingt das?

Beides steht im Koalitionsvertrag und Andrea Nahles liefert. Der Gesetzentwurf liegt auf dem Tisch. Auf 18 Monate soll demnach die Leiharbeit begrenzt werden. Ich kann die Kritik der CSU und der Arbeitgeber nicht verstehen. Wenn Firmen ArbeitnehmerInnen bis zu acht Jahre hintereinander als Leiharbeiter beschäftigen, dann läuft da etwas gewaltig schief. Unter dem Deckmantel der Flexibilität werden Menschen ausgebeutet. Und dieser unseriösen Geschäftspraktik müssen wir einen Riegel vorschieben. ■



BayernSPD FESTZELT

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH
10.02.2016
 Das Top-Ereignis mit Kultstatus, ab 10 Uhr wieder in einem großen Zelt auf dem Festplatz in Vilshofen an der Donau. Unsere Redner sind: Olaf Scholz, Florian Pronold, Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen und Jürgen Dupper. Karten gibt es in allen SPD-Geschäftsstellen. Livestream unter bayernspd.de | Twitter: #pam16



DREI FRAGEN

MARINA LESSIG

VORSTAND DES KREISJUGENDRINGS
MÜNCHEN-LAND UND NEUMITGLIED

Du bist sehr in der Flüchtlingshilfe engagiert. Wie hast Du das Agieren der bayerischen Politiker erlebt?

Wir Freiwilligen am Hauptbahnhof und den Außenstellen haben eng mit der Regierung von Oberbayern zusammengearbeitet. Es ist deutlich geworden, dass eine menschenwürdige Versorgung der Ankommenden Ziel aller ist. Besonders auf die Politik hier in München ist Verlass. Die Schließung der Grenzen, die asylfeindlichen Äußerungen der CSU, aber auch die Verschärfung der Gesetze und der Unwillen der Bundesländer, ebenfalls in großen Zahlen Geflüchtete aufzunehmen, wurden mit größtem Ärger von uns wahrgenommen.

Als Kreisjugendring-Vorstand hast Du viele Kontakte in die Politik. Wieso ist es nun die SPD geworden?

Ich bin seit über zehn Jahren in der politischen Jugendarbeit aktiv. Irgendwann habe ich gemerkt, dass dieses Engagement für mich nicht ausreicht, um selbstwirksam Gesellschaft zu gestalten. Hier in München habe ich die SPD- und Juso-Mitglieder als zuverlässige AnpackerInnen erlebt, die unterstützen, ohne stets für sich selbst Werbung zu machen. Für die Sache eintreten und nach seinen Worten und Werten handeln ist mir sehr wichtig!

Stichwort Jugendpolitik: Was sollte hier die SPD unbedingt in Zukunft anders/besser machen als bisher?

Wichtig bei allen Debatten um KiTa und Ganztage ist, dass zu allererst nicht die Lebens- und Arbeitswelt der Eltern stehen darf, sondern das Wohl und die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen. Ganztage schulmodelle müssen Möglichkeiten mit sich bringen, die es zuvor nicht gab und aus Sicht der Kinder und Jugendlichen Schule verbessern. Dazu gehört ein Recht auf Vielfalt der Modelle, auf Freizeit und auf eine sinnvolle Einbindung der Jugendhilfe, der Schulsozialarbeit und vor allem der Jugendverbände und den Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements. ■

»ICH WÜRDTE ES VERSEMMELEN ALS POLITIKERIN«

Toni-Pfülf-Preisträgerin Iris Berben im Interview über ihre Rolle als „Mutter des Grundgesetzes“ und ihren Kampf gegen Rechts

Sie werden mit dem Toni-Pfülf-Preis der BayernSPD für Ihre Rolle der Elisabeth Selbert ausgezeichnet. Sie können sich vor Angeboten für alle möglichen Auszeichnungen kaum retten. Was hat sie bewegt, diesen Preis anzunehmen?

Nachdem ich gelesen hatte, wer Toni Pfülf war, wofür sie stand und gekämpft hat, war mir klar: Das ist jemand, den man unbedingt kennen muss. Gleiches gilt für die Thematik von Elisabeth Selbert. Die kennt auch kaum jemand, obwohl das gar nicht so lange her ist. Wir partizipieren aber immer noch von diesem wunderbaren Satz, den sie in das Grundgesetz reinkatapultiert hat – mit sehr viel Mühe: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Da habe ich mir gedacht: Schön, dass ich durch zwei solche Namen und durch meine Rolle der Elisabeth Selbert zu dieser Auszeichnung komme. Als Toni-Pfülf-Preisträgerin kann ich an die Leistungen der beiden Frauen erinnern. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass die SPD mich ausgewählt hat.

Lassen Sie uns über Elisabeth Selbert reden. Was haben Sie in der Vorbereitung auf die Rolle von dieser Frau gelernt?

Ich habe von ihr gelernt, wie stoisch man sein muss, wenn man von einer Idee überzeugt ist wie es Elisabeth Selbert war, vor allem damals in einer von Männern beherrschten Welt. Und: Man muss versuchen, wenn man etwas durchsetzen will, sich möglichst viele Komplizinnen und Komplizen zu schaffen.

Der Film gibt dem Zuschauer das Gefühl: Es ist geschafft! Haben wir im Jahre 2015 die Gleichberechtigung tatsächlich geschafft?

Wir haben immer noch zu wenig Chancengleichheit, immer noch zu wenig Gleichstellung, immer noch keine Entgeltgleichheit und, und, und. Wir beschäftigen uns leider immer noch mit der Quotenfrage, von der ich dachte, die brauchen wir nicht, wir sind weiter. Umso ärgerlicher ist, dass es anscheinend nicht ohne Quote geht, dass wir uns über die Quote unsere Rechte holen müssen.

Ein weiterer Grund, Sie mit dem Toni-Pfülf-Preis auszuzeichnen, ist Ihr Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Welches Schlüsselerlebnis treibt Sie an, sich gegen Rechts zu engagieren und zu exponieren?

Ich komme aus einer Zeit, wo in der Schule nicht über das Dritte Reich gesprochen wurde. Es herrschte Sprachlosigkeit. Meine geschichtlichen Lehrjahre hatte ich außerhalb der Schule früh in Israel. Da habe ich gelernt: Wir müssen als Teil dieser Gesellschaft unsere Geschichte kennen und Lehren daraus ziehen. Das hat mich geprägt. Die Geschichte zu kennen bedeutet in der heutigen Zeit, den rechten Menschenfängern nicht auf den Leim zu gehen. Wenn wir uns heute umschaun, dann sind die Mechanismen der NS-Zeit alle wieder da. Es wird wieder mit Ängsten gespielt, mit den Unsicherheiten der Menschen. All das ist Grund und Antrieb genug, Haltung zu zeigen. Und laut zu werden! Diejenigen, die Flüchtlingsheime anstecken, die rechten Aggressoren, die müssen Angst haben, nicht die anderen.

Haben Sie Verständnis für die Ängste der Leute?

Ich habe Verständnis, dass Leute Angst haben, weil sie falsch informiert werden, weil mit ihrer Angst gespielt wird, weil Rattenfänger unterwegs sind und ihnen krude Ideen verkaufen. Und vor diesen Rattenfängern muss man diese Leute schützen. Gleichzeitig müssen wir die Ängste abbauen. Die dümmlichen Argumente von Pegida und Co., die müssen wir entkräften!

Wie kann man die Ängste abbauen?

Wir müssen Begegnungen organisieren, damit diese Leute das Fremde verstehen, begreifen und annehmen können: auf Festen, Veranstaltungen und Konzerten. Das muss vor Ort geschehen. Wir müssen deutlich machen: Nichts verändert sich für den Einzelnen, niemand verliert etwas, wenn wir auch in großer Zahl Hilfesuchende aufnehmen.“



Die Schauspielerin Iris Berben und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Unterfranken haben in München den Toni-Pfülf-Preis entgegengenommen. Die AsF Unterfranken, vertreten durch ihre Vorsitzende Ursula Kirmeier, erhielt den Preis für ihre Frauenhauskampagne, mit der sie auf die dramatische Unterfinanzierung der bayerischen Frauenhäuser aufmerksam gemacht hat.

asf-unterfranken.de

Eine Frau ist Bundeskanzlerin, Sie gelten als eine sehr politische Person: Hat Sie die Politik als Beruf nie gereizt? Sie hätten gute Chancen ...

Nein, ich bin viel zu emotional für die Politik. Außerdem fehlt es an der nötigen Geduld in der Politik. Die Dinge sind nämlich zu komplex, um tägliche schnelle und vermeintlich richtige Antworten zu geben. Die Politik nimmt sich zu wenig Zeit, weil wir leider in einer Zeit leben, in der die Menschen immer sofort eine Lösung und eine Antwort wollen. Ich stelle für mich fest: Die größte Freiheit, die ich im Alter empfinde, ist, dass ich immer mehr Fragen habe statt weniger, auf die ich keine Antwort weiß. Und diese Fragen werden auch immer komplexer. Antworten brauchen daher Zeit. Als Politikerin hätte ich diese Zeit nicht, auch weil mich dann die Presse oder die Opposition drängen. Wenn Sie jetzt noch meine Emotionalität dazu nehmen, ich glaube, ich würde es versemeln als Politikerin. ■

PREIS FÜR STARKE FRAUEN

Der Toni-Pfülf-Preis wird alle zwei Jahre von der BayernSPD für herausragendes Engagement von Frauen in Politik und Gesellschaft verliehen. Der Preis erinnert an Toni Pfülf, einer entschiedenen Gegnerin des Nationalsozialismus und einer Kämpferin für die Rechte der Frauen. Als Reichstagsabgeordnete machte sie sich vor allem als Schulpolitikerin einen Namen. Als Mitglied der Programmkommission der SPD trug sie mit dazu bei, dass ihre Partei in ihr Heidelberger Programm (1925) erste Ansätze einer Frauenquote aufnahm. Toni Pfülf stimmte als eine von 94 Reichstagsabgeordneten 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz.

LANDESGRUPPE: GEEINTES EUROPA IST ALTERNATIVLOS

Bärbel Kofler, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Traunstein-Berchtesgadener Land, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss:

„Wie stark gerade auch die Grenzregion von einem Europa ohne Grenzkontrollen profitiert, wird uns derzeit in meinem Wahlkreis im Berchtesgadener Land sehr bewusst. Der selbstverständliche Grenzübergang nach Österreich ermöglicht etwa den einfachen wechselseitigen Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt. Wir sind mit unseren österreichischen Nachbarn zusammengewachsen, deshalb spürt man die derzeitigen Einschränkungen umso mehr. Denn eines ist klar: Wir brauchen weiter offene Grenzen in einem freien, geeinten Europa! Eingezäunte Grenzländer mit Asylsuchenden widersprechen dem europäischen Gedanken. Gut, dass der CSU-Vorschlag der Transitzone vom Tisch ist.“ ■

baerbel-kofler.de
spd-landesgruppe-bayern.de

GLEICHES NETZ FÜR ALLE!

MEINUNG

Reaktionen erwünscht!

Die Abstimmung zum „Telekom-Single-Market-Paket“ in der Straßburgwoche des Europäischen Parlaments im Oktober erlaubte uns Abgeordneten nur eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Wie im Titel der Abstimmung zu lesen, war es eine Paketabstimmung, die zwei völlig unterschiedliche Themen miteinander verband: Roaming-Gebühren und Netzneutralität.

Der Vorschlag der Kommission lautete wie folgt: „Wir schaffen Roaming-Gebühren ab, wenn ihr gegen eine klar definierte Netzneutralität stimmt“. So eine Verknüpfung von Inhalten, wie in diesem Gesetzentwurf geschehen, ist skandalös und undemokratisch!

Soll ich mich gegen die Abschaffung der kundenfeindlichen Roaming-Gebühren

stellen? Soll ich dafür die 100 %ige Netzneutralität opfern? Netzneutralität bezeichnet die Gleichbehandlung von Daten bei der Übertragung im Internet. Wird diese Neutralität aufgegeben, wird es künftig verschiedenen Geschwindigkeiten im Netz geben: Wer mehr zahlt, dessen Daten werden schneller übertragen. Das wollen wir nicht!

Für mich war die Entscheidung schnell klar — ich habe das Paket abgelehnt. Roaming-Gebühren sind ärgerlich und unbedingt abzuschaffen, doch der Preis, dafür die Netzneutralität zu schwächen, war mir zu hoch. Die Netzneutralität ist ein neues Basisgrundrecht und, meiner Meinung nach, ein Zeichen von Meinungsfreiheit und Demokratie.

Und jetzt? Nun liegen Ausgestaltung und Verantwortung, Meinungsfreiheit und Gleichheit für alle zu garantieren, in den Händen der Nationalstaaten. Die SPD steht für eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität. Wir haben noch eine Chance! ■

Maria Noichl, MdEP



Kontakt zu Maria Noichl:
maria-noichl.eu

IMPRESSUM BAYERN VORWÄRTS

CvD: Marco Schneider

Redaktion:

Maria Deingruber,
Rainer Glaab, Steven Kalus,
Ino Kohlmann, Anna Huber
V.i.S.d.P.: Rainer Glaab

Anschrift:

Oberanger 38 / II
80331 München
Tel. 089 231711-0
Fax 089 231711-38

vorwaerts@bayernspd.de

ANZEIGE

DAS BAYERNVORWÄRTS-KALEIDOSKOP

„Wir können Integration“

Die BayernSPD begreift die Integration der Flüchtlinge als historische Chance. Die Delegierten des Kleinen Parteitags am 24. Oktober in Augsburg verabschiedeten einen entsprechenden Leitantrag. Darin stellen wir klar: Am Grundrecht auf Asyl wird nicht gerüttelt. Klare Kante zeigte der Parteitag auch gegen rechte Hetze von AfD, Pegida und Co!

bayernspd.de/partei/parteitag



Florian Pronold: „Wir machen Politik nicht nur für Flüchtlinge. Wir akzeptieren nicht, dass Arme gegen Ärmere ausgespielt werden, nicht die alleinerziehende Mutter gegen die Asylbewerber. Wir kümmern uns um alle, die Hilfe brauchen!“



Unser Regensburger Oberbürgermeister Joachim Wolbergs: „Diese Integrationsleistung können nur die Kommunen leisten, sonst niemand! Wir behandeln flüchtende Menschen immer so, wie wir in vergleichbarer Situation auch behandelt werden möchten. Die CSU hat Integration nie als Chance begriffen, sondern immer nur als Risiko.“



SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi (li.): „Diese Pegidabewegung, das sind keine besorgten Bürger, das sind biedermeierliche Brandstifter und Volksverhetzer. Diesen Leute müssen wir uns entgegenstellen!“

Schmidt-Kondolenzbücher

In ganz Bayern konnten Bürgerinnen und Bürger in den SPD-Geschäftsstellen und in vielen Abgeordnetenbüros Abschied nehmen von **Helmut Schmidt**. Die ausliegenden Kondolenzbücher waren Anlaufstelle nicht nur für Parteimitglieder. Die Generalsekretärin der BayernSPD, **Natascha Kohnen**, trug sich in München im Oberanger als Erste in das Kondolenzbuch für Helmut Schmidt ein.



Natascha Kohnen: „Er war ein großer Kanzler, gesegnet mit Begabungen, die für mehr als ein Leben reichten.“

Krenkl-Preis verliehen

Vor 300 Gästen verlieh die SPD im Münchner Süden den diesjährigen Krenkl-Preis an **Werner Dietrich** und **Ulrich Chaussy** für ihr Engagement zur Wiederaufnahme der Ermittlungen über das Oktoberfest-Attentat 1980. Laudator **Prof. Dr. Heribert Prantl**: „Sie haben sich um den Rechtsstaat verdient gemacht. Sie waren und sind Aufklärer. Sie haben den Staat befreit aus einer von ihm selbst herbeigeführten Unmündigkeit.“ Die SPD erinnert mit dem seit 1990 verliehenen Preis an **Franz Xaver Krenkl** (1780–1860): Der Münch-



Beim Oktoberfestattentat im Jahr 1980 wurden 13 Menschen getötet und mehr als 211 Menschen verletzt.

ner Pferdehändler erlangte bleibende Berühmtheit, als er die Kutsche von Kronprinz Ludwig verbotswidrig überholte und ihm dabei zurief: „Majestät, wer ko, der ko!“, was zum geflügelten Wort wurde. Bisherige Preisträger waren unter anderem **Helmut Fischer**, **Konstantin Wecker**, **Miroslav Nemec** und **Hans Well**.



„Die Geschichte Bayerns war nicht so schwarz, wie's die CSU gern hätt'!“

Rote Landesvertretung

Einmal im Jahr erstrahlt die Bayerische Landesvertretung in Berlin in Rot. Wenn die BayernSPD an die Gründung des Freistaats durch Sozialdemokraten und USPD am 8.11.1918 erinnert, dann ist diese „Freistaatsfeier“ jedes Mal ein würdiges Fest. Proppevoll war es, die Stimmung hervorragend und das Kabarett-Duo Birgit Süß und Heidi Friedrich bestens aufgelegt.

»FAMILIE IST VIELFALT!« KLEINER PARTEITAG 5.3.2016

Der nächste Kleine Parteitag (Landesparteirat) findet im Kleinen Saal der Stadthalle Aschaffenburg zur Familienpolitik statt. Mit **Jutta Allmendinger**, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, sowie SPD-Oberbürgermeister von Erlangen, **Dr. Florian Janik**. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen! Livestream unter bayernspd.de.

FAMILIE
IST Vielfalt

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG:

9.30 Uhr Einlass
10.30 Uhr Eröffnung und Formalia
anschließend Reden
Arbeitsgruppen und Antragsberatung
spätestens 15.30 Uhr Schlusswort

Anträge können noch bis 22. Januar 2016 beim Landesverband (Oberanger 38, 80331 München, info@bayernspd.de, Fax: 089 23171138) eingereicht werden.

AUS DER PARTEI

DIE BAYERNSPD TRAUERT UM DR. WILLI REILAND

30 Jahre lang (1970–2000) prägte **Willi Reiland** als Oberbürgermeister das Gesicht der Stadt Aschaffenburg. In die SPD war er im Jahr 1953 eingetreten. 1962 wurde Reiland Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Von 1966 bis 1970 bekleidete er das Amt des Bürgermeisters von Haibach, bevor er 1970 zum Aschaffener OB gewählt wurde. Wir trauern mit seiner Familie.

WILLY-BRANDT-MEDAILLE FÜR ROBERT HARTMANN

Der SPD-Kreisverband Kulmbach verlieh im Oktober die Willy-Brandt-Medaille an **Robert Hartmann**, wenige Tage vor seinem 90. Geburtstag. Der Jubilar vertrat die SPD zwischen 1966 und 2008 im Stadtrat, von 1973 bis 1996 war er Vorsitzender der Fraktion. Dem Kreistag gehörte er von 1978 bis 2002 an. Herzlichen Glückwunsch auch von uns!

VOLLMAR-MEDAILLE AN GÜNTER KREISL

45 Jahre Sozi, davon 30 Jahre Stadtrat und Kreisrat, 17 Jahre Kreistagsfraktionschef, drei Jahre Stadtratsfraktionschef und fast zehn Jahre OV-Vorsitzender: **Günter Kreisls** politisches Leben wurde durch die Verleihung der Georg-von-Vollmar-Medaille in Weißenburg gekrönt. Herzlichen Glückwunsch!

UNTERFRANKEN-AGS GEGRÜNDET

Die AGS ist die Mittelstandsvereinigung der SPD ist sie auch wieder in Unterfranken vertreten. Neue erste Vorsitzende ist **Anna Stvrtecky**, ihr Stellvertreter **Alfons J. Mühlrath**. Herzlichen Glückwunsch dem gesamten Team!

AFB-KONFERENZ

Die Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) hat die Niederbayerin **Marion Winter** erneut zur Vorsitzenden gewählt. Themen der Konferenz waren guter Ganztags und Bildung für Geflüchtete.

ASG HAT GEWÄHLT

Die Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen wählte auf ihrer Landeskonferenz den Oberpfälzer Hausarzt **Dr. Armin Rieger** erneut zum Vorsitzenden.